

Bundesamt für Justiz BJ
Eidg. Amt für das Handelsregister EHRA
Bundesrain 20
CH-3003 Bern
Email: ehra@bj.admin.ch



Bern, den 04. April 2013

Vernehmlassung: Änderung des Obligationenrechts (Handelsregisterrecht und Anpassungen im Aktien-, GmbH- und Genossenschaftsrecht) sowie des Revisionsaufsichtsrechts

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Handelsregisterrecht und Anpassungen im Aktien-, GmbH- und Genossenschaftsrecht) sowie des Revisionsaufsichtsrechts. Wir erlauben uns, Ihnen insbesondere zum Revisionsaufsichtsrecht unsere Überlegungen zukommen zu lassen.

Zusammenfassend kommen wir zum Schluss, dass die vorgeschlagene Regulierung den Finanzplatz schwächt und eher zu einer Verlagerung in andere Märkte führen wird, statt zu einem höheren Anlegerschutz.

Auch wenn ein verbesserter Anlegerschutz grundsätzlich erstrebenswert ist, so sind wir der Auffassung, dass die bisherigen Kotierungsanforderungen der Schweizer Börse nicht zwingend Handlungsbedarf auslösen. Wir befürchten zudem, dass die erhöhten Anforderungen an ausländische Emittenten nicht zu höherer Qualität, sondern zu einer zunehmenden Meidung des Schweizer Kapitalmarkts führen werden. Mit solchen Auswirkungen würde die Gesetzesrevision letztlich an ihrem eigentlichen Ziel vorbeischiessen.

Ausländische Emittenten machen zirka die Hälfte des schweiz. Obligationenmarktes aus. Eine Abwanderung dieser Emittenten würde den Markt und somit den Finanzplatz massiv schwächen, worunter in der Folge auch die schweiz. Unternehmen leiden würde. Ein deutlich verkleinerter und weniger liquider Markt kann nicht im Interesse der Teilnehmer sein.

Wir würden anstelle einer staatlichen Zulassung deshalb eher die Anerkennung von Unterstellungen bei ausländischen Behörden bevorzugen. Zudem sollte einem allfälligen Fehlen einer solche Zulassung, bzw. Anerkennung mit entsprechenden Publikations- und Transparenzpflichten begegnet werden. Damit würde niemand vom schweiz. Anleihenmarkt ausgeschlossen; aber dem höheren Anlegerschutz würde mit entsprechend höherer Transparenz Rechnung getragen. Eine Dekotierung ist insofern eine unverhältnismässige und ungeeignete Massnahme, da die entsprechenden Anleihen dann von den Kunden nicht mehr verkauft werden könnten.

Wir bitten Sie um wohlwollende Prüfung unserer Betrachtungen und freuen uns, wenn die Vorlage entsprechende Verbesserungen erfahren wird.

Wir danken für die wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Landolt', written in a cursive style.

Martin Landolt, Präsident BDP Schweiz

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hassler', written in a cursive style.

Hansjörg Hassler, Fraktionspräsident



PH, CVP Schweiz, Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern

Bundesamt für Justiz BJ
Eidg. Amt für das Handelsregister EHRA
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 3. April 2013

Vernehmlassung: Änderung des Obligationenrechts (Handelsregisterrecht sowie Anpassungen im Aktien-, GmbH- und Genossenschaftsrecht) sowie des Revisionsaufsichtsrechts

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zu Vorlage betreffend die Änderung des Obligationenrechts (Handelsregisterrecht sowie Anpassungen im Aktien-, GmbH- und Genossenschaftsrecht) sowie des Revisionsaufsichtsrechts Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Modernisierung des Handelsregisters

Zu den einzelnen Artikeln:

Art. 928 VE

Diese Änderung sieht eine totale Umstrukturierung des Handelsregisters vor und spricht von einer zentralen Infrastruktur, die vom Bund bereitzustellen sei, wobei die Kantone zur Führung des Handelsregisters zuständig sein sollen.

Diese Zentralisierung ist abzulehnen, weil:

- sich ein technisches Problem im zentralen System direkt auf die gesamte Schweiz auswirken würde und auch Probleme mit der innerkantonalen Informatik auftreten würden;
- die „Nähe zum Kunden“ (Private, Rechtsanwälte, Notare, Treuhandbüros) nicht mehr gewährleistet wäre;
- sich zudem die Frage der Haftung und der Datensicherheit stellt;

Christlichdemokratische Volkspartei

Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern
T 031 357 33 33, F 031 352 24 30,
info@cvp.ch, www.cvp.ch, PC 30-3666-4

- gemäss Übergangsbestimmungen, Art. 3 die Belege nach fünf Jahren nicht mehr in Papierform eingereicht werden dürfen, was bezüglich Datensicherheit zusätzliche Probleme aufwirft.
- eine zentrale Lösung exorbitante Kosten für Bund und Kantone verursacht. Wer – Bund oder Kanton – würde dann was finanzieren?
- die Kantone einen Autonomieverlust hinnehmen müssen und der Föderalismus einmal mehr in Frage gestellt wird;
- der Bund mit früheren Projekten wie vor allem dem Grudat für die Grundbuchämter, Schiffbruch erlitten hat;
- durch die Zentralisierung eine einheitliche Rechtsanwendung kaum gewährleistet werden kann.

Art. 928b VE

Ein eidgenössisches Personenregister ist kostspielig und überflüssig. Aufgrund der aktuellen Gesetzgebung können die Personen durch die kantonalen Registerämter genügend identifiziert und eingetragen werden.

Art. 928c VE

Die Benutzung der AHV-Versichertennummer erleichtert die Identifizierung von natürlichen Personen und verhindert Mehrfacheinträge aufgrund von verschiedenen Identifizierungsmerkmalen. Die CVP spricht sich deshalb für die Nutzung der AHV-Versichertennummer durch die kantonalen Registerämter aus. Allerdings legt die CVP Wert darauf, dass sichergestellt wird, dass die AHV-Versichertennummer unter keinen Umständen offengelegt werden darf (Art. 936)

Art. 930 VE

Offensichtlich will man auch hier neue Wege beschreiten und regelt nicht mehr wer bei juristischen Personen Anmeldepflichtig und –berechtigt ist, während bei Personengesellschaften weiterhin Art. 556 bzw. 597 OR gelten. Die heutige Lösung hat sich bewährt und ist nicht zu ändern.

Art 932 a VE

Diese Änderung ist zu begrüßen, wobei die entsprechenden Kriterien in die Handelsregisterverordnung aufzunehmen sind.

Art. 934 VE

Die heutige Regelung von Art. 938a OR wird übernommen, müsste aber aus Gläubigerschutzüberlegungen noch einmal überdacht werden und allenfalls die Gerichte mit einbezogen werden.

Art. 936, Abs. 3 VE

Das kantonale Handelsregisteramt sollte zuständig bleiben für die Veröffentlichung der Einträge und Belege, die ohnehin schon beim Kanton archiviert sind, was sich bestens bewährt hat.

Art. 963 Abs. 4 VE

Ein ergänztes Zefix genügt. Es stellt sich zudem auch die Frage des Datenschutzes.

Art. 936a VE

Es stellt sich die Frage, ob dann die Veröffentlichung im SHAB überhaupt noch nötig ist? Die Schweizer Bevölkerung besteht noch für einige Zeit nicht vollumfänglich aus Internet-Usern und deshalb ist das SHAB vorläufig unerlässlich.

Die Frage der Rechtswirksamkeit, auch im Vergleich mit anderen Registern, ist noch näher zu studieren und der Entwurf entsprechend anzupassen.

Art. 939 VE

Der Gebührentarif, der sich im Grundsatz noch auf denjenigen des Jahres 1937 (Letzte Änderungen GmbH-Revision, Anpassungen gemäss FusG und Revisionsrecht) beruhen, ist generell der heutigen Zeit anzupassen.

Die solidarische Haftung für Gebühren **und** Auslagen ist beizubehalten.

Die Prokura

Zu den einzelnen Artikeln

Artikel 459 Abs. 2 sollte ersatzlos gestrichen werden, er gibt Anlass zur Täuschung.

Die Aktiengesellschaft, die Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Genossenschaft

Die CVP lehnt den Verzicht auf die öffentliche Beurkundung bei Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Genossenschaften, auch wenn die Einlagen in bar geleistet werden und sich die Statuten auf den vorgeschriebenen Inhalt gemäss Artikel 626 beschränken, ab. Die einfache Schriftlichkeit reicht hier aus Gründen der Rechtssicherheit nicht. Die CVP pocht darauf, dass der Errichtungsakt einer solchen Gesellschaft zwingend notariell beglaubigt werden muss, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Zu den einzelnen Artikeln

Art. 629 Abs. 3

Dieser Artikel ist in der vorliegenden Form nicht akzeptierbar. Es ist nicht nachvollziehbar, dass bei zwei Arten von Gründungsvorgängen einer gleichartigen Rechtseinheit mit zwei Ellen gemessen wird. Die Erfahrungen, vor allem mit den sogenannten Amtsnotariaten, Bezirks- und sogar Gemeindeschreibereien sind sehr schlecht. Die öffentliche Urkunde eines Notars garantiert auch die entsprechende Fachkenntnis und die juristische Beratung der Gründer. Hinzu kommt, dass bei Vorprüfungen und Anfragen die Rechtssuchenden vor den Ämtern kompetent vertreten werden, was der speditiven Amtsführung dienlich ist.

Es sei noch darauf hingewiesen, dass die Bankbescheinigung den einzureichenden Belegen beizulegen ist. Schon des Öfteren musste von Handelsregisterämtern festgestellt werden, dass es sich um „normale“ Kontoauszüge handelte.

Art. 43 Abs. lit f i. V mit Abs. 2 HRegV ist zu ändern.

Art. 632

Die Vollliberierung ist zu begrüssen. Es müsste jedoch eine Übergangsfrist für die Eintragung nicht voll liberierter Aktien statuiert werden.

Art. 647, Abs. 2

Dieser Artikel ist im Sinne obiger Erwägungen ersatzlos zu streichen.

Genossenschaftsrecht 830ff

Das Genossenschaftsrecht bedarf dringend einer Totalrevision. Die vorgeschlagenen Änderungen sind reines Flickwerk und demzufolge aus dieser Vorlage zu streichen.

Revisionsaufsichtsgesetz

Die CVP begrüsst, dass die interne Qualitätssicherung von kleineren und mittleren Revisionsunternehmen nicht mehr von Gesetzes wegen verlangt wird. Dies steigert die Flexibilität von solchen Revisionsstellen und entlastet sie finanziell. Eine allfällige freiwillige sowie durch Berufsverbände vorgegebene interne Qualitätssicherung ist jedoch so nicht ausgeschlossen.

Die CVP spricht sich dafür aus, dass auch ausländische Revisionsunternehmen, welche ausländische Gesellschaften prüfen, die direkt oder indirekt den Schweizer Kapitalmarkt in Anspruch nehmen (Art. 8 Abs. 1 RAG) der Aufsicht der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) oder einer vom Bundesrat anerkannten ausländischen Revisionsaufsichtsbehörde unterstehen. Die CVP fordert, dass die Abkommen mit den ausländischen Partnerbehörden vorangetrieben werden, so dass Art. 8 möglichst bald in Kraft treten kann.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Christophe Darbellay
Präsident CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli
Generalsekretärin CVP Schweiz

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz
Eidg. Amt für das Handelsregister EHRA
Bundesrain 20
3003 Bern

27. Februar 2013

Änderung des Obligationenrechts (Handelsregisterrecht sowie Anpassungen im Aktien-, GmbH- und Genossenschaftsrecht) sowie des Revisionsaufsichtsrechts

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP unterstützt die vorgeschlagene Revision und begrüsst insbesondere

- die Einführung eines gesamtschweizerischen Handelsregisters, dessen Führung weiterhin durch die kantonalen Handelsregisterämter besorgt wird,
- die vorgesehenen Erleichterungen für einfach strukturierte Kapitalgesellschaften sowie
- die Vereinfachungen betreffend die Qualitätssicherung von kleinen Revisionsunternehmen.

Ebenfalls einverstanden ist die EVP mit der staatlichen Oberaufsicht der grossen Revisionsunternehmen, regt aber an, diese auf die wesentlichen Punkte zu beschränken. Schliesslich kann auch der Markt zumindest teilweise die Qualität von Revisionsdienstleistungen beurteilen. In Übereinstimmung mit dem Bundesrat erachtet jedoch auch die EVP den Aufbau einer Selbstregulierung als nicht zielführend.

Mit Besorgnis stellt die EVP fest, dass im Verkehr zwischen Behörden und Privaten zunehmend auf die AHV-Versichertennummer als Personenidentifikator gesetzt wird (bereits erfolgt in den Bereichen Volkszählung, Registerharmonisierung, Versichertenkarte KVG, Steuern, Sozialversicherungen, BVG-Einrichtungen, Armee sowie geplant im Strafregister und bei der Prüfung der Nationalrats-Wahllisten). Das ist in verschiedener Hinsicht problematisch:

- Die AHV-Versichertennummer ist kein Allheilmittel. Geschehen bei deren Vergabe Fehler (Vergabe zweier Nummern an eine Person, falsche Identifikation, etc.), pflanzen sich diese in den angeschlossenen Systemen fort. Es genügt nicht, für die Identifikation einer Person allein auf die AHV-Nummer abzustellen. Die vermeintlich klar identifizierende Nummer vermittelt eine falsche Sicherheit.

- Die EVP wehrt sich gegen die schon weit fortgeschrittene Entwicklung zu einem zentralen Personenidentifikator. Es stellen sich dabei grundsätzliche und erhebliche Probleme bezüglich Datenschutz.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier

Office fédéral de la justice
Office fédéral du commerce
Bundesrain 20
3003 Berne

Berne, 3 avril 2013 / FT
VL_Code_obligation_f

Modification du code des obligations (droit du registre du commerce et adaptation des droits de la société anonyme, de la société à responsabilité limitée et de la société coopérative) et du droit de la surveillance de la révision

Prise de position du *PLR.Les Libéraux-Radicaux Suisse*

Madame, Monsieur,

En vous remerciant de nous avoir consultés dans le cadre de la consultation sous rubrique, nous vous prions de trouver, ci-après, notre prise de position.

› **Modification du code des obligations**

Le *PLR.Les Libéraux-Radicaux* soutient les modifications du Code des obligations telles que proposées. Celles-ci permettront une modernisation du Registre du commerce ainsi qu'une simplification des tâches incombant aux entreprises. Le Registre du commerce électronique doté d'un logiciel uniforme simplifiera les échanges électroniques et améliorera la qualité des informations. La tenue du Registre doit rester une prérogative cantonale. En outre, il est primordial d'éviter une hausse des émoluments à cause de ces investissements. L'utilisation du n° AVS comme identifiant personnel est également judicieux.

Il est pertinent de pouvoir éviter l'obligation de la participation d'un officier public pour les constitutions, dissolutions et radiations des entreprises dont la structure est simple. Néanmoins, la conclusion d'un acte authentique garantit que toutes les parties prenantes ont bien été informées, garantissant la sécurité des transactions.

› **Modification de la Loi fédérale sur l'agrément et la surveillance des réviseurs**

Le PLR refuse les modifications proposées dans la Loi sur la surveillance de la révision. Ces obligations demanderont des investissements supplémentaires pour les sociétés de révision; ce qui se répercutera sur les tarifs proposés aux entreprises tenues de se soumettre à une révision. En outre, aucun argument ne convainc de l'efficacité de ces nouvelles obligations. De plus, le PLR rejette l'art. 8: Les sociétés de révision ne devraient se soumettre aux obligations suisses que si elles ne peuvent prouver qu'elles sont déjà reconnues dans leurs pays d'origine.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
Le Président

Le Secrétaire général



Philipp Müller
Conseiller national

Stefan Brupbacher

Procédure de consultation

Avant-projet de modification du code des obligations (droit du registre du commerce et adaptation des droits de la société anonyme, de la société à responsabilité limitée et de la société coopérative) et du droit de la surveillance de la révision

Détermination du PLR.Les Libéraux-Radicaux Vaud

Messieurs,

Le PLR.Les Libéraux-Radicaux Vaudois a l'honneur de se déterminer comme il suit sur l'avant-projet de révision du droit du registre du commerce et sur les autres modifications proposées en relation avec cet avant-projet.

Le présent document a été préparé par la Commission juridique du PLR présidée par Me Michel Monod, notaire. La Commission a notamment entendu le Prof. Edgar Philippin, de l'Université de Lausanne, pour préparer la présente détermination.

A. Droit du registre du commerce

- a. L'avant-projet doit être approuvé dans la mesure où il propose de conserver la compétence des cantons en matière de **tenue du registre du commerce**.
- b. La proposition d'introduire une **infrastructure nationale** du registre du commerce paraît surtout présenter des avantages pour les autorités. Pour les usagers, seuls les avantages suivants semblent intéressants :
 - gain de temps, pour autant qu'il soit avéré ;
 - recherche de personnes inscrites à l'échelle nationale ;
 - notifications « push ».

Avant de mettre en place une nouvelle infrastructure au niveau fédéral, il convient de s'assurer que ces avantages ne peuvent pas être atteints par un renforcement de la coopération intercantonale.

Il est aussi important que la nouvelle infrastructure ne prive pas les usagers de fonctions qui existent actuellement dans certains cantons, comme l'accès électronique gratuit, par courriel, aux pièces justificatives de toute inscription.

Pour se déterminer utilement sur la proposition, il serait intéressant de connaître précisément les coûts de mise en œuvre, l'horizon auquel des économies nettes seraient réalisées sur la maintenance, ainsi que l'ampleur de ces économies. Il convient

aussi de s'assurer que le report des coûts d'infrastructure sur la Confédération ne se traduira ni par une hausse des impôts nets supportée par les contribuables, ni par une augmentation des émoluments. A défaut, le nouveau système pénaliserait notamment les PME.

Tout bien considéré, si la proposition ne doit pas être écartée dans son principe, il conviendra toutefois de réexaminer attentivement son opportunité, compte tenu du fait que la situation actuelle, quoique susceptible d'amélioration, n'est pas fondamentalement insatisfaisante.

- c. Le régime de la **responsabilité** proposé par l'avant-projet ne convainc pas. Le principe de la responsabilité des cantons devrait être similaire à celui qu'exprime l'art. 955 al. 1^{er} CC pour le registre foncier. En outre, il ne se justifie pas de limiter la responsabilité de la Confédération pour les tâches incombant à celle-ci.
- d. L'avant-projet paraît renoncer à l'exigence de la **légalisation** des signatures, déposée auprès du registre du commerce. Compte tenu des effets liés à la publicité du registre, cela est inopportun. Quand bien même les réquisitions ne pourraient, à l'avenir, plus être déposées que sous forme électronique, il ne conviendrait pas de se contenter de documents munis d'une simple signature électronique. En ce sens, différentes formes de transmission électronique devraient être admises, y compris celle qui consiste à communiquer à l'office du registre du commerce une réquisition portant des signatures manuscrites scannées et munie d'une légalisation électronique.
- e. Il faut approuver l'introduction d'une disposition du code des obligations concernant la **réinscription d'une entité radiée**. Un for fédéral explicite à l'ancien siège (ou domicile) de l'entité concernée s'imposerait toutefois. S'agissant d'une affaire administrative gracieuse, la procédure devrait théoriquement être du ressort des cantons. Compte tenu de la proximité de la matière avec le droit civil, il ne serait pas exclu de préciser que la procédure sommaire du code de procédure civile s'applique.
- f. Les inscriptions portées sur le registre du commerce peuvent déployer leurs **effets** dès leur publication sur internet. Cette proposition, à laquelle nous adhérons, devrait toutefois s'étendre aussi bien aux effets internes qu'aux effets externes de l'inscription. Il n'y a pas de raison de décaler au jour ouvrable suivant l'effet à l'égard des tiers.
- g. Nous regrettons que l'avant-projet de révision n'introduise pas clairement le principe de la **foi publique** du registre du commerce. Les tiers de bonne foi doivent pouvoir se prévaloir de faits inscrits de manière inexacte ou sur la base d'une cause affectée d'un vice juridique.
- h. Il faut approuver l'idée selon laquelle le **pouvoir d'examen** de l'office du registre du commerce reste inchangé dans son étendue. Nous proposerions d'introduire dans la loi une distinction plus nette entre les conditions formelles et les conditions matérielles de

l'inscription, ainsi que la précision selon laquelle le contrôle de ces dernières est limité aux cas de violations manifestes et indiscutables de la loi.

B. Autres dispositions du code des obligations et du code civil

- a. Il est inopportun de renoncer à la catégorie légale des **mandataires commerciaux**. Le régime légal actuel est dans l'intérêt des PME, qui n'ont pas toujours les ressources pour mettre en place un système détaillé de pouvoirs de représentation inscrits sur le registre du commerce. Ce système pragmatique doit donc être maintenu.
- b. Afin de réduire les entraves administratives imposées aux entreprises, l'avant-projet propose de renoncer à la **forme authentique** sauf en cas de réduction de capital, d'augmentation de capital avec libération par apports en nature ou par compensation de créance et création de société, avec libération par apports en nature ou par compensation de créance. Il est également renoncé à la forme authentique pour l'entrée en liquidation. A vrai dire, si l'avant-projet devait être accepté dans sa forme actuelle, le recours à un officier public deviendrait l'exception.

Le fait d'aménager des allègements n'est, en soi, pas critiquable. Cependant, les officiers publics sont aujourd'hui déjà en mesure de contribuer à créer une société en un minimum temps. Il y a rarement une réelle urgence et il est judicieux de prendre un peu de temps pour choisir la structure juridique la mieux adaptée aux besoins actuels et futurs de l'entreprise.

La pratique actuelle, qui consiste à recourir à un officier public pour créer une SA ou une Sàrl, augmenter ou réduire le capital ou encore modifier les statuts, a pour but de garantir la sécurité juridique et d'assurer que celui qui prend une décision relative à sa société respecte bien les règles légales. Ainsi, le passage devant l'officier public garantit que les protagonistes ont été bien informés de leurs droits, de leurs obligations et des conséquences de leur acte. Cette pratique vise donc un but de protection tant des parties à l'acte que des tiers (clients, fournisseurs, créanciers, etc.).

L'officier public procède à un certain nombre de contrôles : il vérifie l'identité des comparants, s'assure que l'acte authentique reflète la volonté des parties, s'assure que les parties comprennent la portée de leur acte. Dans les cas d'une décision d'augmentation du capital, il s'assure également que les règles protégeant les actionnaires minoritaires ont été respectées. Ces contrôles disparaîtront si l'avant-projet est mis en œuvre tel quel.

L'utilisation de la simple forme écrite prévue par l'avant-projet ouvre la porte aux erreurs, voire abus de toutes sortes, notamment lors de la constitution de sociétés.

Un entrepreneur qui crée une société pour la première fois a besoin d'informations et de conseils s'agissant des formes de sociétés, du choix de la raison sociale, de son

adéquation avec le but de l'entreprise, de l'organisation au sein de la société, de la représentation, etc. Il les trouve auprès d'un officier public qui est d'ailleurs le mieux à même de juger si une société peut ou non être créée en la simple forme écrite avec des statuts minimaux.

L'insécurité juridique engendrée par cet avant-projet pourrait conduire à de nombreux actes non conformes aux règles ou inadaptés aux besoins des entreprises. Ce flou juridique ne manquera pas d'entraîner une recrudescence des litiges. Certains entrepreneurs pourraient même mettre leurs intérêts économiques en péril en tentant des opérations juridiques méconnues.

Dans le monde des affaires, le recours à un officier public garantit le sérieux et la crédibilité des décisions des sociétés.

L'argument du gain d'argent et de temps n'est pas non plus convaincant. Il y a fort à penser que si l'officier public disparaît, il sera remplacé par d'autres mandataires (fiduciaires, avocats) avec les coûts que cela implique. L'augmentation des litiges qui est à craindre entraînera elle aussi des coûts, lesquels seront assurément plus élevés qu'un acte en la forme authentique. Quant au gain de temps, il faut relever que la lenteur de la procédure résulte davantage de la rigueur et du formalisme du registre du commerce que de l'instrumentalisation de l'acte. L'intervention de l'officier public garantit le respect de ces exigences et donc, une inscription des actes au registre du commerce dans un laps de temps très court. Un abandon de la forme authentique entraînerait une augmentation de dossiers lacunaires, incomplets, encombrant le registre du commerce et freinant son bon fonctionnement.

L'insécurité juridique résultant de l'abandon de la forme authentique ne nous paraît ainsi pas compatible avec les besoins de protection des entrepreneurs et des tiers. Le législateur a d'ailleurs renforcé dès le 1^{er} janvier 2012 la forme authentique pour les actes hypothécaires (gages immobiliers) et les servitudes afin de mieux protéger le public. On peine à comprendre pour quels motifs la sécurité du droit devrait être moins importante en droit des sociétés qu'en matière de gages immobiliers ou de servitudes.

La sécurité des affaires et la stabilité du tissu économique, constitué majoritairement en Suisse de PME, commandent le maintien de la forme authentique pour les décisions du droit des sociétés.

- c. La souplesse du droit matériel suisse des sociétés est l'un des facteurs d'attractivité de notre pays en tant qu'Etat d'implantation. La suppression de la possibilité d'une **libération partielle du capital-actions** dans le droit de la société anonyme ne se justifie pas. En effet, pour les cas où la constitution d'une société à responsabilité limitée est inopportune, mais où l'investissement immédiat d'un montant de CHF 100'000.- n'est pas envisageable, la constitution d'une société anonyme moyennant libération partielle du capital-actions est souvent un bon compromis.

Le fait que cela soit statistiquement rare ne justifie pas d'amputer notre droit de cette possibilité.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez aux présentes déterminations, nous vous prions de croire, Messieurs, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

PLR.Les Libéraux-Radicaux Vaud

Frédéric Borloz



Philippe Miauton



Bern, 5. April 2013



Bundesamt für Justiz
Eidg. Amt für das Handelsregister EHRA
Bundesrain 20
3003 Bern

Vernehmlassung zur Modernisierung des Handelsregisterrechts

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Die SP Schweiz ist mit den vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich einverstanden und begrüsst insbesondere die mit der Modernisierung einhergehende massive Vereinfachung für die Informationssuchenden.

Die SP Schweiz fordert den Bundesrat auf, die Gelegenheit zu nutzen, das Handelsregisterrecht so auszugestalten, dass künftig auch Auswertungen nach der Geschlechtszugehörigkeit der eingetragenen Personen möglich sind. Ein möglicher Ort hierfür wären die Art. 928b oder 928c OR. Nur so kann überprüft werden, ob die notwendige Steigerung des Frauenanteils in den Führungsetagen auch wirklich stattfindet.

Wir bitten Sie, dieses Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Christian Levrat
Präsident

Carsten Schmidt
Politischer Fachsekretär

Bundesamt für Justiz BJ
Eidg. Amt für das Handelsregister EHRA
Bundesrain 20
3003 Bern

Bern, 5. April 2013

**Änderung des Obligationenrechts (Handelsregisterrecht sowie Anpassungen im Aktien-, GmbH- und Genossenschaftsrecht) sowie des Revisionsaufsichtsrechts.
Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens.**

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der ob genannten Vernehmlassungsvorlage Stellung nehmen zu können. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Aus Sicht der SVP ist die Vorlage bezüglich des Obligationenrechts grundsätzlich zu unterstützen, jene des Revisionsaufsichtsgesetzes ist teilweise abzulehnen.

In verschiedensten Bereichen nimmt die Tendenz zu einer immer schnelleren Registrierung und zu elektronischen Dienstleistungen laufend zu. Dieser Entwicklung kann sich auch das Handelsregister nicht ganz verschliessen. In diesem Sinne ist der Aufbau eines elektronischen gesamtschweizerischen Handelsregisters angezeigt, sofern damit nicht ein unnötiger Eingriff in die Privatsphäre verbunden ist. Grundsätzlich steht die Modernisierung im Einklang mit dem E-Government-Konzept des Bundes, wonach Wirtschaft und Bevölkerung die wichtigsten Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln können. Andererseits ist zu begrüssen, dass die Vorlage in diesem Sinne nicht über das Ziel hinauschießt und zu recht an den kantonalen Handelsregisterämtern festhält.

Abzulehnen ist Art. 8 des Revisionsaufsichtsgesetzes. Diese Bestimmung führt zu einer unnötigen Schwächung des Schweizer Finanzplatzes.

Ziele der Revision

Der 30. Titel des Obligationenrechts zum Handelsregister soll vollständig überarbeitet werden. Als zentraler Punkt der Modernisierungsbemühungen ist der Aufbau einer nationalen Infrastruktur des Handelsregisters durch den Bund vorgesehen, wobei die Kantone für die Führung des Handelsregisters verantwortlich bleiben. Durch die vorgesehenen Massnahmen soll der Vollzug des Handelsregisters- und Gesellschaftsrechts einheitlicher geregelt und die Verfahren verkürzt werden. Die AHV-Versichertennummer soll systematisch für die Identifizierung natürlicher Personen verwendet werden können. Die Nummer soll jedoch nicht öffentlich sein, sondern nur verwaltungsintern verwendet werden. Überdies sollen die Handelsregisteranmeldungen und die Handelsregisterbelege mittelfristig von jedermann ausschliesslich elektronisch eingereicht werden.

Ferner sollen Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Genossenschaften ohne Urkundsperson gegründet, aufgelöst und im Handelsregister gelöscht werden können, sofern sehr einfache Verhältnisse vorliegen.

Schliesslich sollen der extraterritoriale Geltungsbereich des Revisionsaufsichtsgesetzes präzisiert und das Verhältnis zwischen dem Investorenschutz, der Sicherstellung einer effektiven Aufsicht und der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Kapitalmarkts verbessert werden.

Das Konzept der Handelsregister gemäss geltendem Recht

Gemäss geltendem Recht sind die Kantone für ihre Handelsregister verantwortlich (Art. 927 OR; Art. 3 HRegV). Die Oberaufsicht wird vom Eidgenössischen Amt für das Handelsregister (EHRA) ausgeübt (Art. 5 HRegV). Für Recherchen führt das EHRA den zentralen Firmenindex (Zefix). Dieser ermöglicht eine unentgeltliche schweizweite Suche zur Feststellung des Sitzes eines Unternehmens. Er ist somit nur ein Zubringer zu den kantonalen Handelsregisterdaten. Rechtsverbindlich ist jedoch der vom zuständigen kantonalen Handelsregisteramt ausgestellte, beglaubigte Registerauszug bzw. die elektronischen durch das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) veröffentlichten Publikationstexte im Schweizerischen Handelsamtsblatts (SHAB).

Kernpunkte der Vorlage

Die Führung des Handelsregisters soll weiterhin durch das kantonale Handelsregisteramt erfolgen. Dieses prüft die Anmeldung und die Belege. Neu soll der Bund für den Aufbau, den Betrieb und die Weiterentwicklung des elektronischen (gesamtschweizerischen) Handelsregisters sorgen. Darin sollen die kantonalen Handelsregister ihre Eintragungen direkt vornehmen und sämtliche Belege speichern. Die Einträge im Handelsregister sollen in elektronischer Form anhand des gesamtschweizerischen Handelsregisters direkt im Internet veröffentlicht werden. Der Zefix würde damit überflüssig.

Dass der Bund die nationale Infrastruktur des Handelsregisters bereitstellt (Art. 928 Abs. 1 VE OR) und damit quasi ein gesamtschweizerisches Handelsregister geschaffen wird, ist nicht zu beanstanden. Die Führung des Handelsregisters obliegt jedoch zu Recht weiterhin den Kantonen (Art. 928 Abs. 2 VE OR). Wenn damit auch gewisse Nachteile (Pannen und Hackerangriffe wären in ihrer Wirkung nicht kantonal begrenzt) verbunden sind, so überwiegen doch die Vorteile.

Da die Daten im System direkt eingegeben würden, erübrigen sich die fehleranfälligen täglichen Datenübermittlungen. Überdies bringen verfahrensmässige Erleichterungen Zeitgewinn und damit auch Kostenersparnisse. Technische Neuerungen können unbürokratisch eingeführt werden und für den Benutzer wird dieses System übersichtlicher sein.

Im Rahmen dieser Systemänderung gehen überdies verschiedenen Modernisierungen einher:

- Verwendung der Versichertennummer der AHV und Personenregister (Art. 928c VE OR); der Verwendung der AHV-Versichertennummer ist zuzustimmen, da diese Nummer gegen aussen nicht bekannt gegeben wird und die entsprechende Nutzung derzeit auch in anderen Bereichen eingeführt wird; inwiefern dabei ein zusätzlicher Aufbau eines Personenregisters (Art. 928b VE OR) notwendig ist, erscheint dagegen fraglich;
- enthalten die Statuten einer Aktiengesellschaft oder GmbH ausschliesslich den gesetzlich vorgeschriebenen Inhalt und werden die Einlagen in Geld geleistet, soll auf das Erfordernis der öffentlichen Beurkundung verzichtet werden (Art. 629 Abs. 3; Art. 777 Abs. 3 und Art. 830 Abs. 2 VE OR); dieser Änderung ist zuzustimmen, da zum Schutz von Gläubigerinteressen die Herabsetzung des Aktienkapitals ausgenommen ist (Art. 647 Abs. 2 VE OR bzw. Art. 780 Abs. 2 VE OR);
- die „Stampa-Erklärung“ als separater Beleg soll abgeschafft werden (Art. 43 Abs. 1 lit. h HRegV); dieser Änderung ist zuzustimmen, schliesslich werden die entsprechenden Informationen Teil des Errichtungsaktes (Art. 629 Abs. 2 Ziff. 4, Art. 777 Abs. 2 Ziff. 5 und Art. 834 Abs. 2 Satz 2 OR);
- die Möglichkeit zur teilweisen Liberierung des Aktienkapitals soll aufgehoben werden; die Aktien sollen neu mindestens zum Nennwert ausgegeben werden müssen (Art. 632 VE OR); dieser Änderung ist zuzustimmen, schliesslich kann - wer das minimale Aktienkapital von 100'000 Franken nicht aufbringen kann - eine GmbH gründen (Mindestkapital 20'000 Franken);
- erleichterte Abtretung von Stammanteilen einer GmbH; im Abtretungsvertrag soll nicht mehr auf die mit den Stammanteilen verbundenen statutarischen Rechte und Pflichten hingewiesen werden müssen (Art. 785 Abs. 2 OR); dieser Änderung ist zuzustimmen, den Gesellschaftern kann zugemutet werden, dass sie die Statuten ihrer eigenen Gesellschaft kennen;
- der Beschluss der Generalversammlung (bzw. der Gesellschafterversammlung), die Gesellschaft aufzulösen, soll nicht mehr öffentlich beurkundet werden müssen (Art. 736 Ziff. 2 VE OR bzw. Art. 821 Abs. 2 VE OR); dieser Änderungen ist zuzustimmen, denn sie bedeutet eine klare Erleichterung für kleinere Unternehmen;
- einige Bestimmungen sollen von der Handelsregisterverordnung in das Obligationenrecht überführt werden; andererseits sollen Bestimmungen des Obligationenrechts präzisiert und übersichtlicher strukturiert werden (Art. 927 Abs. 1 VE OR [Art. 1 HRegV]; Art. 940 VE OR [Art. 929 f. OR]; Art. 929 ff. VE OR [Art. 15 ff. und 26 ff. HRegV]; Art. 930 Abs. 3 VE OR [Art. 15 Abs. 3 HRegV]; Art. 936 Abs. 4 VE OR [Art. 12 Abs. 3 HRegV]; Art. 935 VE OR [Art. 164 HRegV]; Art. 731b i.V.m. Art. 937b VE OR [Art. 153 ff. HRegV]; Art. 939 VE OR [Art. 929 Abs. 1 OR]; Art. 936 Abs. 5 VE OR;

Aufhebung von Art. 942 OR, Art. 462 OR; Aufhebung Gemeinderschaften Art. 336-348 ZGB), was nicht zu beanstanden ist;

- die im Personenregister geführten Angaben über die im Handelsregister eingetragenen, natürlichen Personen (Art. 928b VE OR) werden mit der AHV-Versichertennummer (AHVN13) versehen; dies dient im Personenregister als Personenidentifikator; da die AHVN13 nie veröffentlicht wird, weder auf Handelsregisterauszügen noch auf anderen öffentlichen Dokumenten (Art. 936 Abs. 2 VE OR), ist dieser Änderung zuzustimmen;
- Art. 936 Abs. 5 VE OR sieht vor, dass zehn Jahre nach Löschung der Rechtseinheit der Eintrag sowie die Statuten und Stiftungsurkunden im Internet nicht mehr öffentlich zugänglich sein sollen; begründet wird dies mit dem „Recht auf Vergessen“; gelöscht werden jedoch nur die im Internet publizierten Informationen und Dokumente; sie bleiben jedoch öffentliche Dokumente, die einsehbar sind; die Löschung der Daten im Internet ist datenschutzrechtlich bestimmt angezeigt, kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Internet nichts vergisst, auch wenn die Daten auf der Originalseite gelöscht werden.

Revisionsaufsichtsrecht

Die vorgeschlagenen Änderungen wollen den extraterritorialen Geltungsbereich des Revisionsaufsichtsgesetzes präzisieren und das Verhältnis zwischen dem Investorenschutz, einer effizienten Aufsicht und der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Kapitalmarktes verbessern. Zudem sollen die Anforderungen an die Qualitätssicherung in Revisionsunternehmen an die auf den 1. Januar 2012 erhöhten Schwellenwerte angepasst werden, damit die Revisionsstellen von kleineren und mittleren Unternehmen entlastet werden.

Art. 8 des Vorentwurfes des Revisionsaufsichtsgesetzes (VE RAG) verlangt, dass alle ausländischen Emittenten von einer Revisionsgesellschaft geprüft werden müssen, die von der schweizerischen Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) zugelassen ist. Diese Vorschrift soll auch dann gelten, wenn die ausländische Revisionsgesellschaft bereits einer ausländischen Revisionsaufsicht untersteht. Dies geht zu weit. Es sollte ausreichend sein, wenn der Emittent nachweist, dass seine Revisionsgesellschaft von einer Revisionsaufsichtsbehörde zugelassen ist, falls nicht, ist dies im Prospekt offenzulegen. Die in Art. 8 VE RAG vorgesehene strenge Regelung würde dazu führen, dass ausländische Emittenten den Schweizer Markt meiden würden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Toni Brunner
Nationalrat

Der Generalsekretär



Martin Baltisser